

Zur Information - kein offizieller Dokument

TATER HABEN RECHTE ... OPFER AUCH?

Täter haben mittlerweile viele gut verankerte, Rechte, aber eine steigende Anzahl von Untersuchungen offenbart weitverbreitete Unzufriedenheit bei deren Opfern.

Mehr als 50 Prozent der Opfer weltweit sind unzufrieden darüber, **wie sie von der Polizei** behandelt werden, andere sind vom Strafrechtssystem schockiert, zeigt eine internationale Untersuchung von Verbrechenopfern (international Crime Victims Survey, ICVS), die im Laufe des letzten Jahrzehntes in mehr als 60 Ländern durchgeführt wurde.

"Wären die Strafrechtssysteme der Welt private Unternehmen, müssten sie alle das Geschäft aufgeben, denn die Hälfte ihrer wichtigsten Kunde – die Opfer von Verbrechen - sind mit ihren Diensten unzufrieden", sagt Jan Van Dijk, Vorsitzender des Zentrums für internationale Verbrechenverhütung (Centre for International Crime Prevention, CICP) und führender Mitbegründer der ICVS.

Opfer, die im Rahmen von ICVS befragt wurden, sagten zumeist "die Polizei tue nicht genug" oder "konnte die Beute nicht zurückerstatten". Etwa 20 Prozent behaupteten, die Polizei versäumte es, sie über den Fortschritt der Ermittlungen auf dem Laufenden zu halten. Weltweit sagten eines von fünf weiblichen Opfern von Gewalt innerhalb der Familie oder Sexualverbrechen und eines von drei weiblichen Opfern in Lateinamerika, dass die Polizei unvorschriftsmässig oder unhöflich handelte.

Van Dijk merkte an, dass das polizeiliche Verhalten gegenüber Frauen in einigen lateinamerikanischen und asiatischen Ländern mächtigen Standards entspricht. "Um dieses Problem zu bewältigen, haben lokale Politiker in Brasilien Polizeistationen eingerichtet, die ausschliesslich für Frauen gedacht sind", fügte er hinzu.

Laut "Human Rights Watch" weisen Polizeibehörden in einigen asiatischen Ländern Anzeigen wegen sexueller Gewalt routinemässig ab und belästigen die Opfer. In einem asiatischen Land haben mehrere Personen, die im Gesetzesvollzug arbeiten, darunter ein Polizeichef, behauptet, dass in den meisten Fällen von angeblicher Vergewaltigung Frauen zunächst dem sexuellen Akt

zugestimmt hätten und danach lügen würden, um die jeweiligen Partner zu beschuldigen.

Opfer in den Industriestaaten waren weniger unzufrieden mit der Polizei als jene in den Entwicklungsländern, aber sogar da erreicht der Anteil unglücklicher Opfer 25 Prozent, fand ICVS heraus. Opfer von Kontaktverbrechen, einschliesslich Gewalt innerhalb der Familie und Vergewaltigung, waren am wenigsten zufrieden. 33 Prozent der Interviewpartner sagten, die Polizei "tue nicht genug" und 24 Prozent sagten, die Polizei "wäre nicht interessiert".

Opfer wollen Mitspracherecht

Viele Opfer von Verbrechen klagen, dass ihnen jegliche Mitsprache bei den ausschlaggebenden Entscheidungen der Gerichte, einschliesslich derer zur Urteilssprechung, verwehrt wird. In einigen Fällen würden die Opfer die Täter anders behandeln als die Gerichte das tun. Zum Beispiel haben Untersuchungen ergeben, dass Opfer für mehrfache Einbrecher Verpflichtungen zu Gemeinschaftsdiensten -unbezahlte Arbeit im Dienst der Gemeinschaft -gegenüber Haftstrafen bevorzugen.

Oftmals wird Opfern das Recht verwehrt, dem Gericht in einer sogenannten "Erklärung des Opfers" (victim impact statement) über die physischen und emotionalen Schäden zu berichten, die ihnen durch den Täter zugefügt wurden. Einer US-Organisation zur Unterstützung von Verbrechenopfern (National Organization for Victims' Assistance, NOVA) zufolge, werden diese Erklärungen - die auch Gerichtsentscheidungen beeinflussen könnten -routinemässig abgeblockt, obwohl sie dem Gesetz nach zugesichert sind.

NOVA berichtete über die Erfahrung einer Frau und ihrer Familie, die durch einen betrunkenen Autolenker verletzt wurden. Nachdem gegen den Täter Anklage erhoben wurde, wollte die Frau, ihren Rechten entsprechend, vor Gericht eine Erklärung abgeben. Der Richter wies ihre Anfrage ab und berief sich dabei auf seinen vollen Terminkalender.

Ein anderes Opfer beschwerte sich, dass ihre Rechte ohne diese Erklärung nicht die gleichen wären

wie die des Täters. "Als mein 16 Jahre alter Sohn durch einen betrunkenen Autolenker getötet wurde, wurde mir weder erlaubt eine Erklärung abzugeben, noch durfte ich dem Richter sagen, wie der Tod meines Kindes unsere Familie verletzt hatte. Der Täter jedoch konnte eine Reihe von Zeugen aufrufen lassen", berichtete sie NOVA.

Täter werden durch die Verfassung geschützt

Die Rechte eines Täters, welche vom Recht auf einen Verteidiger und einen fairen Prozess bis zum Rechtauf Berufung reichen, werden durch nationale Verfassungen garantiert und sind auch im internationalen Recht eingeschlossen. Die Rechte der Opfer sind nur in einem internationalen Dokument erwähnt - der Deklaration der Vereinten Nationen zur rechtlichen Unterstützung von Opfern von Verbrechen und Gewaltmissbrauch, welche 1985 durch die Generalversammlung angenommen wurde.

In der Erklärung vereinbarten Mitgliedstaaten Aktionspläne aufzustellen, um Opfern besseren Zugriff zu den juristischen Verfahren zu ermöglichen und für eine angemessene Behandlung, für eine Wiedergutmachung von Schäden und für allgemeine Unterstützung in juristischen Verfahren zu sorgen. Die Erklärung führte in verschiedenen Ländern zu neuen Gesetzen und einigen lokalen Projekten zur Verbesserung der Rechte von Opfern.

Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UN Development Fund for Women, UNIFEM) hat Projekte finanziert, um weiblichen Opfern von Gewalt innerhalb der Familie oder Sexualverbrechen zu helfen. Zum Beispiel unterstützt man im Augenblick AVESA, eine nichtstaatliche Organisation in Venezuela, die Opfer über ihre Rechte aufklärt und Polizeibehörden unterrichtet, wie sie auf weibliche Opfer reagieren sollten.

"Diese Organisation hat nicht nur Pionierarbeit dabei geleistet, Gewalt innerhalb der Familie oder Sexualverbrechen ins Bewusstsein zu rufen und Opfer über ihre Rechte zu informieren, sondern hat Polizeibehörden beigebracht, dass sie eine Verpflichtung haben, Gerechtigkeit für Frauen zu gewährleisten", sagte die UNIFEM-Beraterin für Menschenrechte, Roxanna Carrillo.

Trotz dieser Bemühungen war der gesamte Fortschritt bei den Rechten der Opfer schwach. In vielen Ländern behandeln Polizeibehörden und Kläger die Opfer immer noch respektlos, lassen sie im Unklaren über den Verlauf der Untersuchungen und treffen ausschlaggebende Entscheidungen ohne sie. Anders als Täter, erhalten Verbrechenopfer juristische Unterstützung selten gratis.

Bemüht, die Aufmerksamkeit wieder auf die Deklaration der Vereinten Nationen zur rechtlichen Unterstützung von Opfern zu lenken, werden Delegierte auf dem zehnten Kongress für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger im April 2000 in Wien nationale Aktionspläne zur Verbesserung der Rechte von Opfern überarbeiten. Der Kongress wird sich speziell auf den besseren Schutz von Opfern organisierter Kriminalität konzentrieren.

Rechte können widersprüchlich sein

Ein Hauptproblem mit den Rechten von Opfern ist die Möglichkeit, dass sie mit den Rechten der Täter kollidieren. Die Deklaration der Vereinten Nationen und nationale Verfassungsänderungen legen fest, dass die Rechte von Opfern die Rechte der Täter auf ein faires Verfahren nicht beeinträchtigen dürfen.

"Der bedeutendste Konflikt (zwischen Täter- und Opferrechten) ist, dass Opfer wiederholt in öffentlichen Vernehmungen über empfindliche Themen aussagen müssen, um das Recht der Täter auf ein faires Verfahren zufriedenzustellen", sagte Van Dijk.

Einige Staaten haben Schritte eingeleitet, um Opfer vor dieser Art von Zugriffen zu schützen. Der Oberste Gerichtshof der USA hat zum Beispiel vor kurzem beschlossen, Vergewaltigungsfälle aufgrund von neuen Beweisen der Verteidigung nicht wieder aufzunehmen, da dies das Opfer erneut traumatisieren könnte.

Erklärungen von Opfern (victim impact statements) sind ebenfalls höchst umstritten. Rechtsexperten sind derzeit uneinig darüber, ob es Opfern oder ihren Familien erlaubt sein sollte, das Gericht zu beeinflussen, indem sie vor dem Richter oder den Geschworenen offen über physische oder psychische Folgeschäden sprechen.

Ebenso fehlt Einigkeit darüber, ob Opfer entscheidende Mitsprache in Fragen der Verhängung von Untersuchungshaft oder bei der Urteilsverhängung gegen den Täter haben sollten. In man

chen Fällen könnte das Opfer nach Aussage von Experten durch Angst vor Vergeltung oder Rachegefühle einfach übermotiviert sein.

In den Vereinigten Staaten haben Opfer eine Kampagne für eine Abänderung der Verfassung gestartet, die ihnen erlauben würde, an Kriminalprozessen in allen entscheidenden Phasen teilzunehmen und vorzusprechen. Dies würde nach ihrer Argumentation keine Täterrechte beschneiden, sondern den Rechten der Opfer gleiches Gewicht geben.

Einige Staaten haben mit neuen Methoden experimentiert, die darauf abzielen, sowohl Täter als auch Opfer zufriedenzustellen. In Neuseeland versucht eine "restaurative Rechtssprechung" Opfer, Täter und deren Familien zufriedenzustellen, indem sie in informellen Treffen zusammengebracht werden, um über das Vergehen zu sprechen.

Das Ziel restaurativer Rechtssprechung ist für Täter die Wiedergutmachung von dem Opfer zugefügten Schäden, wobei die Familie des Täters die Verantwortung mitträgt. Die Methode war in Jugendstraffällen erfolgreich, aber wie sie bei schwerwiegenderen Verbrechen, wie Mord oder Vergewaltigung, funktionieren würde, ist unklar.

Neue Verbrechen, neue Opfer

In jüngster Zeit wurde die gesamte Rechtsfrage durch einen Aufschwung weniger traditioneller Verbrechen kompliziert, der eine neue Klasse von Opfern mit sich gebracht hat.

Delikte, wie grossangelegter Konsumentenbetrug, überzogene Preise, Umweltverschmutzung oder weitverbreitete Korruption, machen grosse Menschengruppen und weniger Individuen zu Opfern. Der Handel mit illegalen Drogen, viele Formen von Erpressung und Betrug gegenüber dem Staat wurden als "opferlose Verbrechen" bezeichnet.

Sogar wenn die Opfer klar erkennbar sind, wie jene, die im Rahmen des Handels zur sexuellen Ausbeutung oder Zwangsarbeit aufgegriffen werden, wäre eine neue Reihe an Rechten notwendig. Sowohl Opfer als auch Täter könnten in fremden Ländern gefangengenommen werden, was mit Sprachproblemen, kulturellen Differenzen und anderen Erschwernissen einhergeht, die ihre Rechte behindern.

Frauen, mit denen gehandelt wurde, oder Migranten, als Opfer von Schmuggleringen, fühlen

sich oft besonders bedroht, da sie als illegale Prostituierte und/oder Immigranten behandelt werden können und ihnen der Schutz oder andere Dienste für Opfer verweigert werden können. Wegen ihres illegalen Status haben Opfer oft Angst, der Exekutive von Verbrechen gegen sie zu berichten.

In einigen Ländern können Justizbehörden Kronzeugen Immunität gewähren. Das steigert die Chancen eines erfolgreichen Verfahrens, was alleine auf den illegalen Handel abschreckend wirken würde.

Die Zusicherung von Immunität ist für Opfer oder Zeugen organisierter Kriminalität, die Vergeltung für ihre Aussagen fürchten, möglicherweise trotzdem nicht ausreichend. Einige Staaten haben Zeugenschutzprogramme eingerichtet, welche nach dem Prozess neue Identitäten anbieten können, die aber kostspielig sind. Experimente mit weniger teuren Methoden, wie zum Beispiel anonyme Zeugenaussagen, sind dringend vonnöten.

Opfer organisierter Kriminalität sollten von der vorgeschlagenen Konvention gegen grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen und ihren drei Protokollen gegen Handel mit illegalen Handfeuerwaffen, Migranten und Menschen, vor allem Frauen und Kindern, profitieren, die der UNO-Millenniumsversammlung 2000 zum Beschluss vorgelegt werden. Der Vertrag enthält Massnahmen zum Schutz von Zeugen und Opfern.

Rechte von Tätern

Strafrechtssysteme variieren rund um die Welt, aber viele enthalten die folgenden Rechte für Täter:

- Das Recht, nicht willkürlich verhaftet, inhaftiert, durchsucht oder in Verwahrung genommen zu werden
- Das Recht auf Verteidigung Die Unschuldsvermutung
- Die Beweispflicht (Über berechtigte Zweifel hinausgehend)
- Das Recht auf ein öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen Gericht
- Das Recht, die Beweise der Staatsanwaltschaft zu überprüfen (Kreuzverhöre von Zeugen eingeschlossen)
- Das Recht, Beweise vorzubringen und zu verlangen
- Das Recht auf Berufung

Rechte von Opfern

Die internationale Gemeinschaft vereinbarte 1985 in der Deklaration der Vereinten Nationen zur rechtlichen Unterstützung von Opfern die folgenden Rechte für Opfer:

- Das Recht, mit Respekt und Anerkennung behandelt zu werden
- Das Recht, auf entsprechende Unterstützungseinrichtungen zurückzugreifen
- Das Recht auf Information über den Verlauf des Falles
- Das Recht, bei Entscheidungen anwesend zu sein und darauf einzuwirken
- Das Recht auf Beratung
- Das Recht auf Schutz der körperlichen Sicherheit und Privatsphäre
- Das Recht auf Kompensation, sowohl vom Täter als auch vom Staat

Zwecks weiterer Auskünfte kontaktieren Sie bitte:

Sandro Tucci
Sprecher des Exekutivdirektors
Büro für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung
Tel: (43-1) 26060-5629
Fax: (43-1) 26060-5875
E-Mail: sandro.tucci@undcp.org
Web-Seite: <http://www.odccp.org>

Für deutschsprachige Auskünfte:

Peter Vanoverveld Verantwortlicher für
deutschsprachige Presse Informationsdienst der
Vereinten Nationen Wien Tel: (43-1) 26060-3713 Fax:
(43-1) 26060-5899 E-Mail:
peter.vanoverveld@unis.un.or.at Web-Seite:
[http://www.unis.unvienna.org/german/german_page.h
tm](http://www.unis.unvienna.org/german/german_page.htm)